

Antrag 2022/GS/9
Jusos Rheinland-Pfalz**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Bundestagsfraktion**Entlastungspaket**

1 Erweiterung des Entlastungspakets,
2 um Bürger*innen vor den Auswirkun-
3 gen des Krieges zu schützen! Die Juso-
4 Landeskonferenz möge beschließen: 1.
5 Das Energiegeld auch an Studierende und
6 Rentner*innen ausbezahlen 2. Bürger*in-
7 nen die Grundversorgung an Energie zu
8 garantieren 3. Die Mehrwertsteuer für
9 Grundnahrungsmittel dauerhaft zu strei-
10 chen 4. Die Erhöhung des ALG2-Regelsatzes
11 auf €600 pro Monat und die Anpassung
12 aller verwandten Grenzwerte als Überbrü-
13 ckung bis das Bürger*innengeld eingeführt
14 wird.

15

16 Begründung

17 Die schwierige Situation auf dem Energie-
18 markt durch den russischen Angriffskrieg
19 wird zunehmend zur Bedrohung für Bür-
20 ger*innen. Die Inflation lag im April bei
21 7.4%, dies stellt viele Menschen vor existen-
22 zielle Herausforderungen. Um Bürger*in-
23 nen zu schützen hat die Bundesregierung
24 milliardenschwere Entlastungspakete be-
25 schlossen. Neben dem 9 Euro Ticket, das
26 wirksame Entlastung für alle schafft, ist
27 auch das Energiegeld ein wichtiger Bau-
28 stein. Denn besonders die Energiepreise
29 sind in den letzten Monaten exorbitant an-
30 gestiegen. Grund hierfür ist die massive
31 Abhängigkeit Deutschlands von russischen
32 Energieexporten, aus der wir nun schnellst-
33 möglich aussteigen müssen. Für uns Jusos
34 ist klar, dass es ein schwerwiegender po-
35 litischer Fehler war, Russland als verläss-
36 lichen Partner anzusehen. Hierfür tragen

37 alle staatstragenden Parteien die Verant-
38 wortung. Wir stehen nun in der Pflicht,
39 die Bürger*innen vor den Auswirkungen
40 dieses Fehlers zu schützen. Deshalb ist es
41 wichtig, dass es ein Energiegeld für al-
42 le Arbeitnehmende gibt. Da aber Studie-
43 rende und Renter*innen in gleichem Ma-
44 ße von den steigenden Energiepreisen be-
45 troffen sind, ist es für uns Jusos inakzep-
46 tabel, dass diese dabei nicht berücksich-
47 tigt sind. Wir fordern die Bundesregierung
48 daher auf, hier dringend nachzubessern,
49 um nicht zuzulassen, dass insbesondere
50 die Studierenden nach den dürftigen Hil-
51 fen während der Corona Pandemie wie-
52 der alleine im Regen stehen gelassen wer-
53 den. Doch auch wenn das Energiegeld und
54 die Leistungen für Empfänger*innen von
55 Sozialleistungen zu begrüßen sind, müs-
56 sen wir den Bürger*innen die Sorge vor
57 den kalten Wintertagen nehmen. Die Bun-
58 desregierung trägt die Verantwortung da-
59 für, dass niemand in der kalten Wohnung
60 sitzen muss, weil ihm die Heizung abge-
61 stellt wurde. Wir fordern daher, die Mög-
62 lichkeit der Versorger*innen, Menschen En-
63 ergie (Strom, Gas) abzustellen, auszuset-
64 zen. Die Kosten müssen vorübergehend un-
65 bürokratisch direkt durch eine geeignete
66 Institution wie die Agentur für Arbeit über-
67 nommen werden. Eine Prüfung des Sach-
68 verhalts kann im Anschluss erfolgen, doch
69 kurzfristig müssen wir verhindern, dass die
70 Bürger*innen den Preis für Putins Angriffs-
71 krieg und die politischen Fehler der letz-
72 ten Jahre bezahlen. Doch nicht nur die En-
73 ergiepreise, sondern auch die Preise für
74 Grundnahrungsmittel sind exorbitant an-
75 gestiegen. Das stellt viele Menschen vor
76 weitere existenzielle Probleme, schon heu-

77 te sind die Tafeln überlastet und am Ran-
78 de ihrer Kapazität. Es muss daher unse-
79 re Aufgabe sein, sicherzustellen, dass Le-
80 bensmittel erschwinglich bleiben. Deshalb
81 schließen wir uns der Forderung von Jessica
82 Rosenthal, unserer Bundesvorsitzenden an,
83 die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungs-
84 mittel dauerhaft zu streichen. Wir unter-
85 stützen diese Forderung, als eine zielge-
86 richtete, schnell umsetzbare und wirkungs-
87 volle Entlastung. Das Bundeskartellamt ist
88 hier in der Pflicht sicherzustellen, dass die-
89 se auch wirklich bei den Bürger*innen an-
90 kommt und nicht im Portemonnaie von
91 Konzernen landet. Der russische Angriffs-
92 krieg macht sich auch hier in Deutschland
93 bemerkbar, auch wenn der ökonomische
94 Preis, den wir als Volkswirtschaft bezah-
95 len müssen, in keiner Weise mit dem un-
96 ermesslichen Leid der ukrainischen Bevöl-
97 kerung zu vergleichen ist. Dennoch müssen
98 wir sicherstellen, dass unsere Bürger*innen
99 durch diese Krise nicht in Existenznot ge-
100 raten, daher sind Entlastungen, wie die be-
101 reits beschlossenen, die hier geforderten
102 und die in Zukunft noch notwendigen nicht
103 verhandelbar. Wir müssen dabei ganz ehr-
104 lich sein: Das alles wird viel Geld kosten.
105 Wir fordern daher alle handelnden Parteien
106 auf, sich dieser Verantwortung bewusst zu
107 werden und anzuerkennen, dass wir diese
108 Aufgabe nicht ohne massive Investitionen
109 bewältigen können. Dazu wird sowohl die
110 höhere Besteuerung von hohen Einkom-
111 men, als auch die Abschaffung der Schul-
112 denbremse notwendig sein. Wir dürfen es
113 nicht zulassen, dass die Spaltung der Ge-
114 sellschaft noch weiter und schneller voran-
115 schreitet - wir müssen den gesellschaftli-
116 chen Zusammenhalt wahren - wir müssen

117 vereint nach vorne

|